



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 24. Juli 2018
(OR. en)

10856/18

Interinstitutionelles Dossier:
2018/0266 (NLE)

PECHE 274

GESETZGEBUNGSAKTE UND ANDERE RECHTSINSTRUMENTE

Betr.: Protokoll zur Umsetzung des Partnerschaftlichen Fischereiabkommens
zwischen der Europäischen Union und der Republik Côte d'Ivoire (2018-
2024)

PROTOKOLL ZUR UMSETZUNG
DES PARTNERSCHAFTLICHEN FISCHEREIABKOMMENS
ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION
UND DER REPUBLIK CÔTE D'IVOIRE (2018-2024)

P/EU/CI/de 1

ARTIKEL 1

Laufzeit und Fangmöglichkeiten

1. Ab dem ...⁺ werden die in Artikel 5 des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Côte d'Ivoire (im Folgenden „Abkommen“) gewährten Fangmöglichkeiten für einen Zeitraum von sechs Jahren wie folgt festgesetzt:

- Thunfischwadenfänger/Froster: 28 Schiffe;
- Oberflächen-Langleiner: 8 Schiffe.

Diese Fangmöglichkeiten betreffen die Fischerei auf weit wandernde Arten (Arten gemäß Anhang 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1982), mit Ausnahme der Arten, die im Rahmen der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) oder anderer internationaler Übereinkünfte geschützt oder verboten sind.

2. Absatz 1 gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 5 und 6 dieses Protokolls.

3. Schiffe unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Europäischen Union (nachstehend „Unionsschiffe“) dürfen im ivorischen Fanggebiet nur Fischfang betreiben, wenn sie im Besitz einer Fanglizenz für dieses Fanggebiet gemäß diesem Protokoll sind.

⁺ ABl.: Bitte das Datum der Unterzeichnung dieses Protokolls einfügen.

ARTIKEL 2

Transparenz

Die Republik Côte d'Ivoire (im Folgenden „Côte d'Ivoire“) verpflichtet sich, Informationen über alle Vereinbarungen zu übermitteln, mit denen der Zugang anderer ausländischer Schiffe zu ihrem Fanggebiet genehmigt wird, insbesondere über die Anzahl der erteilten Genehmigungen und die getätigten Fänge, gemäß Artikel 11 dieses Protokolls.

Darüber hinaus legt Côte d'Ivoire Daten über den Fischereiaufwand ivorischer Thunfischfänger vor, die im Besitz einer Fanglizenz für die Industriefischerei sind.

ARTIKEL 3

Finanzielle Gegenleistung — Zahlungsweise

1. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 7 des Abkommens wird auf 682 000 EUR pro Jahr festgesetzt, was einem Gesamtbetrag von 4 092 000 EUR für den in Artikel 1 genannten Zeitraum entspricht.
2. Die finanzielle Gegenleistung setzt sich zusammen aus
 - a) einem jährlichen Betrag für den Zugang zum ivorischen Fanggebiet in Höhe von jeweils 330 000 EUR in den ersten beiden Jahren und von 275 000 EUR in den folgenden Jahren (drei bis sechs) der Anwendung dieses Protokolls als Gegenleistung für eine jährliche Referenzfangmenge von 5 500 Tonnen und

b) einem besonderen jährlichen Betrag in Höhe von jeweils 352 000 EUR in den ersten beiden Jahren der Anwendung dieses Protokolls und von jeweils 407 000 EUR in den Folgejahren als Beitrag zur Durchführung fischereipolitischer Maßnahmen von Côte d'Ivoire.

3. Ferner entrichten die Reeder eine jährliche finanzielle Gegenleistung in Höhe von voraussichtlich 330 400 EUR für den Zugang zum ivorischen Fanggebiet nach Maßgabe des Kapitels II des Anhangs zu diesem Protokoll.

4. Absatz 2 des vorliegenden Artikels gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 4, 5, 6 und 9 dieses Protokolls und der Artikel 12 und 13 des Abkommens.

5. Übersteigt die Gesamtmenge der von den Unionsschiffen im ivorischen Fanggebiet getätigten Fänge die genannte Referenzmenge, so wird der Betrag der jährlichen finanziellen Gegenleistung pro zusätzlicher Tonne um 60 EUR in den ersten beiden Jahren der Anwendung dieses Protokolls und um 70 EUR in den Folgejahren erhöht. Der von der Union gezahlte jährliche Gesamtbetrag darf jedoch das Doppelte des Betrags nach Absatz 2 Buchstabe a nicht übersteigen. Übersteigen die Fänge der Unionsschiffe die dem Doppelten des jährlichen Gesamtbetrags entsprechenden Mengen, so wird der Betrag für die über diese Höchstmenge hinausgehenden Fänge im darauf folgenden Jahr gezahlt.

6. Die in Absatz 1 festgelegte finanzielle Gegenleistung wird für das erste Jahr spätestens 90 Tage nach Beginn der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls und für die Folgejahre spätestens am Jahrestag dieses Protokolls gezahlt.

7. Über die Verwendung der finanziellen Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe a entscheiden ausschließlich die ivorischen Behörden.

8. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe a wird an die Staatskasse von Côte d'Ivoire gezahlt.

9. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe b wird auf ein eigenes, für die Durchführung der Unterstützung des Fischereisektors bestimmtes Konto bei der Staatskasse von Côte d'Ivoire gezahlt.

Die Daten der vorstehend genannten Konten werden der Union jährlich von den ivorischen Behörden mitgeteilt.

Jede finanzielle Gegenleistung wird in den Staatshaushalt eingestellt und unterliegt den Vorschriften und Verfahren für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen von Côte d'Ivoire.

ARTIKEL 4

Unterstützung des Fischereisektors

1. Die Unterstützung des Fischereisektors im Rahmen dieses Protokolls trägt zur Durchführung des Strategischen Entwicklungsplanes für Zucht, Fischerei und Aquakultur der Côte d'Ivoire bei. Ziel ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen in Binnengewässern und auf See, insbesondere durch

- a) Verbesserung der Überwachung und Kontrolle von Fischereitätigkeiten;
- b) Verbesserung der wissenschaftlichen Kenntnisse über Fischereiresourcen;
- c) Verbesserung der Fischereistatistiken;
- d) Unterstützung der handwerklichen Fischerei;
- e) Ausbau der internationalen Zusammenarbeit;
- f) Unterstützung der Blauen Wirtschaft und Entwicklung der Aquakultur.

2. Die Union und Côte d'Ivoire vereinbaren in dem Gemischten Ausschuss nach Artikel 9 des Abkommens spätestens drei Monate nach Beginn der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls ein Mehrjahresprogramm für den Fischereisektor und Durchführungsbestimmungen, die insbesondere Folgendes umfassen:

- a) die jährlichen und mehrjährigen Leitlinien für die Verwendung der in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten finanziellen Gegenleistung;
- b) die jährlichen und mehrjährigen zu erreichenden Ziele und zu ergreifenden Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischerei unter Berücksichtigung der Prioritäten der Côte d'Ivoire im Rahmen ihrer nationalen Fischerei- und Aquakulturpolitik;
- c) die Kriterien und Verfahren für die jährliche Bewertung der Ergebnisse.

3. Vorschläge zur Änderung des Mehrjahres- oder Jahresprogramms für den Fischereisektor oder der Verwendung der besonderen Beträge für die durchzuführenden Maßnahmen werden der Europäischen Kommission im Voraus notifiziert und von den beiden Vertragsparteien im Gemischten Ausschuss gegebenenfalls im Wege eines Briefwechsels genehmigt.

4. Die beiden Vertragsparteien bewerten jedes Jahr im Gemischten Ausschuss den Stand der Durchführung des Mehrjahresprogramms für den Fischereisektor. Ergibt diese Bewertung, dass die mit der finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b angestrebten Ziele nicht im Einklang mit der Programmplanung stehen oder nach Auffassung des Gemischten Ausschuss in unzureichendem Maße verwirklicht werden, so kann diese finanzielle Gegenleistung überprüft oder ausgesetzt werden.

Die Zahlung der finanziellen Gegenleistung wird nach Konsultation und Einigung zwischen den beiden Vertragsparteien wiederaufgenommen, sobald die Ergebnisse der Umsetzung der Unterstützung des Fischereisektors wieder mit der vom Gemischten Ausschuss verabschiedeten Programmplanung vereinbar sind.

Die beiden Vertragsparteien setzen die Unterstützung des Fischereisektors bis zur vollständigen Verwendung der besonderen finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b fort, gegebenenfalls auch nach Ablauf dieses Protokolls.

Außer in Fällen höherer Gewalt kann die Zahlung dieser besonderen finanziellen Gegenleistung allerdings nur bis maximal sechs Monate nach Ablauf dieses Protokolls erfolgen.

ARTIKEL 5

Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit für verantwortungsvolle Fischerei

1. Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich, in den ivoirischen Gewässern eine verantwortungsvolle Fischerei nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen den in diesen Gewässern tätigen Fangflotten zu fördern.
2. Die Union und die ivoirischen Behörden arbeiten während der Laufzeit des Protokolls bei der Beobachtung der Fangmengen, des Fischereiaufwands und des Zustands der Fischbestände im ivoirischen Fanggebiet zusammen.

3. Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich, die Zusammenarbeit zur verantwortungsvollen Fischerei auf regionaler Ebene insbesondere im Rahmen der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT), aber auch in allen übrigen zuständigen regionalen und internationalen Organisationen, zu fördern. Beide Vertragsparteien verpflichten sich, alle Empfehlungen der ICCAT einzuhalten.

4. Gemäß Artikel 4 des Abkommens konsultieren die Parteien einander im Rahmen des Gemischten Ausschusses auf der Grundlage der Empfehlungen und Entschließungen der ICCAT und unter Berücksichtigung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten, und verabschieden gegebenenfalls nach einer wissenschaftlichen Sitzung Maßnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen, die sich auf die Fangtätigkeiten der Unionsschiffe auswirken.

5. Die beiden Vertragsparteien arbeiten bei der Verstärkung der Kontroll- und Inspektionsmechanismen sowie der Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei in der Côte d'Ivoire zusammen.

ARTIKEL 6

Einvernehmliche Anpassung der Fangmöglichkeiten und der technischen Maßnahmen

1. Die Fangmöglichkeiten nach Artikel 1 können einvernehmlich erhöht werden, sofern die Konsultation gemäß Artikel 5 Absatz 4 bestätigen, dass hierdurch die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen der Côte d'Ivoire nicht beeinträchtigt wird. In diesem Fall wird die finanzielle Gegenleistung nach Artikel 3 Absatz 1 zeitanteilig entsprechend erhöht.

2. Einigen sich die Vertragsparteien dagegen auf eine Verringerung der in Artikel 1 festgesetzten Fangmöglichkeiten, so wird die finanzielle Gegenleistung zeitanteilig entsprechend gekürzt.

3. Nach entsprechender Konsultation können die Vertragsparteien auch die Aufteilung der Fangmöglichkeiten auf die unterschiedlichen Kategorien von Schiffen einvernehmlich anpassen, sofern etwaige Änderungen den Empfehlungen der wissenschaftlichen Sitzung gemäß Artikel 5 Absatz 4 zur Bewirtschaftung der Bestände, die von dieser Umverteilung betroffen sein könnten, entsprechen. Die Vertragsparteien vereinbaren eine entsprechende Anpassung der finanziellen Gegenleistung, wenn die Umverteilung der Fangmöglichkeiten es rechtfertigt.

4. Der Gemischte Ausschuss kann erforderlichenfalls die in diesem Protokoll vorgesehenen technischen Bedingungen für die Ausübung der Fischereitätigkeit und die Durchführungsmodalitäten der Unterstützung des Fischereisektors prüfen und anpassen.

ARTIKEL 7

Neue Fangmöglichkeiten und Versuchsfischerei

1. Sollten die Unionsschiffe an Fangtätigkeiten interessiert sein, die nicht in Artikel 1 genannt sind, konsultiert die Union die Côte d'Ivoire, um eine Genehmigung dieser neuen Fangtätigkeiten zu erhalten. Im Rahmen dieser Konsultationen halten sich die Vertragsparteien an die einschlägigen wissenschaftlichen Gutachten, insbesondere die der regionalen oder subregionalen Fischereiorganisationen. Die Vertragsparteien verständigen sich gegebenenfalls auf die für diese neuen Fangmöglichkeiten geltenden Bedingungen und auf die Umsetzung mehrjähriger Bewirtschaftungspläne. Falls erforderlich ändern sie das vorliegende Protokoll und seinen Anhang.

2. Nach Abschluss der Konsultationen gemäß Artikel 5 Absatz 4 können die Vertragsparteien im ivoirischen Fanggebiet Versuchsfischerei zulassen, um die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit neuer Fischereien zu testen.

2.1. Zu diesem Zweck informiert die Union die ivoirischen Behörden über die Versuchsfischereianträge mittels einer technischen Dokumentation, die folgende Angaben enthält:

- technische Merkmale des Schiffes;
- Erfahrung und Qualifikation der Schiffsoffiziere für die betreffende Fischerei;
- technische Parameter der vorgeschlagenen Maßnahmen (Laufzeit, Fanggerät, zu erforschende Regionen usw.).

- 2.2. Die Versuchsfischereikampagnen laufen maximal sechs Monate. Sie sind an die Zahlung einer Gebühr gebunden, deren Höhe von den ivoirischen Behörden festgelegt wird.
- 2.3. Während der gesamten Kampagne befinden sich ein wissenschaftlicher Beobachter des Flaggenstaats sowie ein von den ivoirischen Behörden bestimmter Beobachter an Bord.
- 2.4. Im Laufe der Erforschungskampagne getätigte Fänge bleiben Eigentum des Reeders.
- 2.5. Die detaillierten Ergebnisse der Kampagne werden dem Gemischten Ausschuss zur Auswertung übermittelt.

ARTIKEL 8

Geltende Rechtsvorschriften

1. Für die Tätigkeiten der Unionsschiffe in den ivoirischen Gewässern gilt das Recht der Côte d'Ivoire sofern das Abkommen und das vorliegende Protokoll nichts anderes vorsehen.
2. Die ivoirischen Behörden setzen die Union umgehend über jede Änderung oder jede neue Rechtsvorschrift in Kenntnis, die den Fischereisektor betrifft.

3. Die Union setzt die ivoirischen Behörden über jede Änderung oder jede neue Rechtsvorschrift in Kenntnis, die die Fischereitätigkeit der Fernflotte der Union betrifft.

ARTIKEL 9

Aussetzung der Anwendung des Protokolls

1. Die Anwendung dieses Protokolls kann nach Konsultation im Gemischten Ausschuss auf Initiative einer Vertragspartei ausgesetzt werden, wenn eine oder mehrere der nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:
 - a) außergewöhnliche Umstände, im Sinne von Artikel 2 Buchstabe h des Abkommens, die die Ausübung der Fangtätigkeiten im ivoirischen Fanggebiet verhindern;
 - b) grundlegende Änderungen bei der Festlegung und Durchführung der Fischereipolitik einer der beiden Vertragsparteien wirken sich auf die Bestimmungen des vorliegenden Protokolls aus;
 - c) Aktivierung der Konsultationsmechanismen gemäß den Artikeln 8 und 96 des Abkommens von Cotonou wegen einer Verletzung wesentlicher und grundlegender Bestimmungen der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze gemäß Artikel 9 des Abkommens von Cotonou;

- d) Nichtzahlung der finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a durch die Union gemäß den Bestimmungen nach Absatz 5 dieses Artikels;
 - e) gravierender, im Gemischten Ausschuss nicht gelöster Konflikt zwischen den beiden Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Protokolls.
2. Wird die Anwendung dieses Protokolls aus anderen als den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Gründen ausgesetzt, so teilt die betreffende Vertragspartei ihre Absicht mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt, ab dem die Aussetzung wirksam sein soll, schriftlich mit. Die Aussetzung dieses Protokolls aus den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Gründen wird unmittelbar nach Fassung des Aussetzungsbeschlusses wirksam.
3. Im Fall der Aussetzung konsultieren die Vertragsparteien einander und bemühen sich um eine gütliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten. Wird eine solche Beilegung erreicht, so wird die Anwendung dieses Protokolls wiederaufgenommen und der Betrag der finanziellen Gegenleistung je nach Dauer der Aussetzung des Protokolls zeitanteilig gekürzt.
4. Die den Schiffen der Union erteilten Fangerlaubnisse können gleichzeitig mit der Aussetzung der finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a ausgesetzt werden. Bei Wiederaufnahme wird die Geltungsdauer der Fangerlaubnisse um den Zeitraum der Aussetzung der Fangtätigkeiten verlängert.

5. Vorbehaltlich der Bestimmungen von Absatz 1 des vorliegenden Artikels unterrichten die ivoirischen Behörden die Union offiziell über das Ausbleiben der Zahlung, wenn die Union die Zahlung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a nicht leistet. Die Union prüft die Angelegenheit und veranlasst die Zahlung binnen 60 Tagen nach Eingang der offiziellen Anfrage.

Geht innerhalb der Frist weder die Zahlung noch eine angemessene Begründung für das Ausbleiben der Zahlung ein, können die ivoirischen Behörden die Anwendung dieses Protokolls gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 aussetzen. Die Anwendung dieses Protokolls wird wieder aufgenommen, sobald die betreffende Zahlung geleistet ist.

ARTIKEL 10

Elektronischer Datenaustausch

1. Die Union und die Côte d'Ivoire vergewissern sich, dass die erforderlichen IT-Systeme für den elektronischen Austausch aller Angaben und Dokumente im Zuge der Durchführung des Abkommens und dieses Protokolls ordnungsgemäß funktionieren.
2. Die elektronische Fassung eines Dokuments gilt in jeder Hinsicht als der Papierfassung gleichwertig.
3. Die Union und die Côte d'Ivoire melden einander unverzüglich jede Störung ihrer IT-Systeme. Die Informationen und Dokumente im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens und dieses Protokolls werden dann automatisch durch die Papierfassung ersetzt.

ARTIKEL 11

Vertraulichkeit der Daten

Die Union und die Côte d'Ivoire verpflichten sich, alle im Rahmen des Abkommens und dieses Protokolls verfügbaren nominellen Daten zu Unionsschiffen und ihren Fangtätigkeiten zu jeder Zeit streng nach ihren jeweiligen Grundsätzen der Vertraulichkeit und des Datenschutzes zu behandeln.

Die Vertragsparteien stellen sicher, dass gemäß den entsprechenden Vorschriften der ICCAT und anderer regionaler oder subregionaler Fischereiorganisationen nur aggregierte Daten zum Thunfischfang im ivorischen Fanggebiet veröffentlicht werden.

Als vertraulich geltende Daten werden von den zuständigen Behörden ausschließlich zur Umsetzung des Abkommens und dieses Protokolls verwendet.

ARTIKEL 12

Kündigung

1. Im Falle einer Kündigung dieses Protokolls teilt die kündigende Vertragspartei der anderen Partei schriftlich wenigstens sechs Monate vor dem Tag, an dem die Kündigung in Kraft treten soll, ihre Absicht mit, dieses Protokoll zu kündigen.

2. Die Absendung der Mitteilung nach Absatz 1 leitet Konsultationen zwischen den Vertragsparteien ein.

ARTIKEL 13

Vorläufige Anwendung

Dieses Protokoll wird ab dem Zeitpunkt seiner Unterzeichnung durch die Vertragsparteien vorläufig angewandt.

ARTIKEL 14

Inkrafttreten

Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander den Abschluss der hierzu erforderlichen Verfahren notifizieren.

Für die Europäische Union

Für die Republik Côte d'Ivoire

Bedingungen für die Ausübung der Fischereitätigkeit im ivorischen Fanggebiet durch Schiffe der Europäischen Union

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Benennung der zuständigen Behörde

Im Sinne dieses Anhangs bezeichnet, sofern nicht anders festgelegt, jede Bezugnahme auf die zuständige Behörde der Europäischen Union oder der Côte d'Ivoire

- für die Europäische Union: die Europäische Kommission, gegebenenfalls vertreten durch die Delegation der Europäischen Union in Côte d'Ivoire;
- für die Côte d'Ivoire: das Fischereiministerium.

2. Fanggebiet

Die ivorischen Behörden teilen den zuständigen Unionsdienststellen so bald wie möglich die geografischen Koordinaten des ivorischen Fanggebiets ab der Basislinie mit.

Vorbehaltlich der Bestimmungen von Nummer 3 dieses Kapitels dürfen die Unionsschiffe jenseits der 12-Seemeilen-Zone, gemessen von der Basislinie, Fischfang betreiben.

3. Für die Schifffahrt und den Fischfang geltende Sperrgebiete

Bei der Ausstellung der Fanglizenzen teilt Côte d'Ivoire den Reedern und der Union die Koordinaten der für die Schifffahrt und den Fischfang geltenden Sperrgebiete mit. Jede Änderung dieser Gebiete wird der Union so bald wie möglich mitgeteilt.

4. Bankkonto

Côte d'Ivoire teilt der Union vor der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls die Kontodaten des Kontos der Staatskasse mit, auf das die Beträge überwiesen werden sollen, die im Rahmen des Abkommens für Unionsschiffe zu zahlen sind. Anfallende Gebühren für Banküberweisungen gehen zulasten der Reeder.

KAPITEL II

FANGERLAUBNISSE

Für die Zwecke der Anwendung dieses Anhangs ist der Begriff „Lizenz“ gleichbedeutend mit dem Begriff „Fangerlaubnis“, wie er in den Unions-Rechtsvorschriften definiert ist.

Abschnitt 1: Anzuwendende Verfahren

1. Voraussetzungen für die Erteilung einer Fanglizenz – zugelassene Schiffe

Eine Fanglizenz für das Fanggebiet von Côte d’Ivoire können nur zugelassene Schiffe erhalten. Hierzu müssen sie im Register der Unionsschiffe aufgeführt sein und den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2403 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ genügen.

Zum Fischfang zugelassen wird ein Schiff nur, wenn über das Schiff bzw. dessen Reeder oder Kapitän kein Verbot der Fischereitätigkeit in Côte d’Ivoire verhängt worden ist. Es dürfen keine Ansprüche oder Forderungen der ivoirischen Behörden offenstehen, d. h. Reeder und Kapitän müssen allen früheren Verpflichtungen aus Fischereitätigkeiten in Côte d’Ivoire im Rahmen der mit der EU geschlossenen Fischereiabkommen nachgekommen sein.

¹ Verordnung (EU) 2017/2403 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1006/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 81).

2. Lizenzantrag

Die zuständigen Unions-Behörden beantragen elektronisch oder auf anderem geeigneten Weg die Fanglizenz für jedes Schiff, das nach Maßgabe des Abkommens Fischfang betreiben will, mindestens dreißig Arbeitstage vor Beginn der gewünschten Geltungsdauer beim ivorischen Fischereiministerium.

Für die beim Fischereiministerium eingereichten Anträge ist das Formular gemäß dem Muster in Anlage I zu verwenden.

Dem Lizenzantrag ist Folgendes beizufügen:

- ein Beleg über die geleistete pauschale Vorauszahlung für die Geltungsdauer der Lizenz,
- die Seetüchtigkeitsbescheinigung des Schiffes,
- ein Versicherungsbeleg für das Schiff,
- ein aktuelles Farbfoto des Schiffes (Seitenansicht), aus dem der Name und die Registriernummer des Schiffes deutlich ersichtlich sind,
- eine Abbildung und ausführliche Beschreibung der verwendeten Fanggeräte.

Einem Antrag auf Verlängerung einer Lizenz im Rahmen dieses Protokolls für ein Schiff, dessen technische Spezifikationen nicht verändert wurden, muss lediglich ein Beleg über die Zahlung der Gebühr beigelegt werden.

3. Pauschalgebühr

Die Gebühr wird auf das von den ivoirischen Behörden nach Kapitel 1 Nummer 4 dieses Anhangs angegebene Konto überwiesen.

Die Gebühren umfassen alle nationalen und lokalen Abgaben mit Ausnahme der Hafengebühren und der Kosten für die Erbringung von Dienstleistungen.

4. Vorläufige Liste fangberechtigter Schiffe

Unmittelbar nach Eingang der Anträge auf Erteilung einer Fangerlaubnis sowie der Mitteilung über den Eingang der Vorauszahlung erstellt Côte d'Ivoire die vorläufige Liste antragstellender Schiffe. Diese Liste wird der Union und der für die Fischereiaufsicht zuständigen nationalen Behörde unverzüglich elektronisch übermittelt. Die Schiffe dürfen fischen, sobald sie auf der vorläufigen Liste geführt werden. Bis zur Ausstellung der Fangerlaubnis muss stets eine Kopie der vorläufigen Liste an Bord mitgeführt werden.

5. Ausstellung der Lizenzen

Die Lizenzen für sämtliche Schiffe werden den Reedern oder ihren Vertretern, gegebenenfalls über die Delegation der Europäischen Union in Côte d'Ivoire, durch das ivorische Fischereiministerium binnen 21 Arbeitstagen nach Eingang aller unter Nummer 2 dieses Kapitels genannten Unterlagen ausgestellt.

Die Lizenzen sind höchstens ein Jahr gültig und können verlängert werden.

6. Liste der fangberechtigten Schiffe

Nach erfolgter Lizenzerteilung stellt die Côte d'Ivoire umgehend die endgültige Liste der Schiffe auf, die im ivorischen Fanggebiet Fischfang betreiben dürfen. Diese Liste wird der für die Fischereiaufsicht zuständigen nationalen Behörde und der Union unverzüglich übermittelt und ersetzt die vorstehend genannte vorläufige Liste.

7. Lizenzübertragung

Die Lizenz wird auf den Namen eines bestimmten Schiffes ausgestellt und ist nicht übertragbar. Auf Antrag der Union und bei nachweislichem Vorliegen höherer Gewalt, wie im Fall des Verlustes oder der längeren Stilllegung eines Schiffes aufgrund eines schwerwiegenden technischen Defekts, wird die Lizenz eines Schiffs jedoch durch eine neue Lizenz für ein anderes Schiff derselben Kategorie gemäß Artikel 1 dieses Protokolls, das sich im Besitz desselben Reeders, desselben Reederverbands oder derselben Erzeugerorganisation befindet, ersetzt, ohne dass erneut eine Gebühr zu zahlen ist. In diesem Fall wird bei der Berechnung der Fangmenge zur Ermittlung etwaiger zusätzlicher Beträge die Gesamtfangmenge beider Schiffe zugrunde gelegt.

Der Reeder des zu ersetzenden Schiffes oder sein Vertreter sendet die ungültig gewordene Lizenz über die Delegation der Europäischen Union an das Fischereiministerium von Côte d'Ivoire zurück.

Die neue Lizenz gilt ab dem Tag, an dem der Reeder dem ivoirischen Fischereiministerium die ungültig gewordene Lizenz zurückgibt. Die Delegation der Europäischen Union in Côte d'Ivoire wird über die Lizenzübertragung in Kenntnis gesetzt.

8. Mitführen der Lizenz an Bord

Die Lizenz ist jederzeit an Bord mitzuführen. Allerdings dürfen die Schiffe Fischfang betreiben, sobald sie auf der in Nummer 4 dieses Kapitels genannten vorläufigen Liste geführt werden.

9. Hilfsschiffe

Auf Antrag der Union und nach Prüfung durch die ivoirischen Behörden gestattet Côte d'Ivoire den Unionsschiffen, die im Besitz einer Fanglizenz sind, Unterstützung von Hilfsschiffen in Anspruch zu nehmen.

Die Hilfsschiffe dürfen nicht für den Fischfang ausgerüstet sein. Diese Unterstützung darf weder die Betankung noch das Umladen der Fänge umfassen.

Für die Hilfsschiffe gilt, soweit es auf sie anwendbar ist, dasselbe Verfahren wie für die Übermittlung der Anträge auf Erteilung einer Fangerlaubnis gemäß diesem Kapitel. Côte d'Ivoire erstellt eine Liste der genehmigten Hilfsschiffe und übermittelt sie unverzüglich der Union.

Diese Schiffe müssen eine jährliche Gebühr in Höhe von 3 500 EUR zahlen.

Abschnitt 2: Gebühren und Vorauszahlungen

1. Die Gebühren für Thunfischwadenfänger und Oberflächen-Langleiner werden je im Fanggebiet von Côte d'Ivoire gefangene Tonne Fisch festgesetzt auf:
 - 60 EUR im ersten und zweiten Jahr der Anwendung dieses Protokolls,
 - 70 EUR im dritten, vierten, fünften und sechsten Jahr.

2. Die Lizenzen werden erteilt, nachdem folgende im Voraus zu zahlende jährliche Pauschalgebühren an die zuständigen ivorischen Behörden gezahlt worden sind:
- a) Für Thunfischwadenfänger:
- 7 620 EUR pro Schiff, entsprechend den Gebühren für 127 Tonnen pro Jahr im ersten und zweiten Jahr der Anwendung des Protokolls,
 - 8 890 EUR pro Schiff, entsprechend den Gebühren für 127 Tonnen pro Jahr im dritten, vierten, fünften und sechsten Jahr der Anwendung des Protokolls.
- b) Für Oberflächen-Langleiner:
- 2 400 EUR pro Schiff, entsprechend den Gebühren für 40 Tonnen pro Jahr im ersten und zweiten Jahr der Anwendung dieses Protokolls,
 - 2 800 EUR pro Schiff, entsprechend den Gebühren für 40 Tonnen pro Jahr im dritten, vierten, fünften und sechsten Jahr der Anwendung des Protokolls.

Bei einer Lizenz mit einer Geltungsdauer von weniger als einem Jahr wird die Gebühr anteilig zur Geltungsdauer der Lizenz gemäß den Rechtsvorschriften von Côte d'Ivoire festgesetzt. Für Thunfischwadenfänger darf die Geltungsdauer der Lizenz jedoch nicht weniger als 12 Monate betragen.

3. Die Union erstellt für jedes Schiff eine Abrechnung der Fänge und eine Abrechnung der Gebühren, die das Schiff für seine Fänge im vorangegangenen Kalenderjahr zu zahlen hat. Sie übermittelt diese Abrechnungen spätestens bis Ende April des laufenden Jahres an die Behörden von Côte d'Ivoire. Côte d'Ivoire kann diese Abrechnungen auf der Grundlage von Belegen innerhalb von 30 Tagen nach Eingang anfechten. Bei Meinungsverschiedenheiten konsultieren die Vertragsparteien einander im Gemischten Ausschuss. Erhebt Côte d'Ivoire innerhalb von 30 Tagen keine Einwände, so gelten die Abrechnungen als angenommen.

4. Fällt die Endabrechnung höher aus als der für die Erteilung der Fangerlaubnis gezahlte Pauschalbetrag, so überweist der Reeder die Differenz innerhalb von 45 Tagen an die Côte d'Ivoire, sofern der Reeder die Abrechnung nicht anfechtet. Fällt die endgültige Abrechnung allerdings niedriger aus als der unter Nummer 2 dieses Abschnitts genannte Vorschussbetrag, so wird dem Reeder die Differenz nicht erstattet.

KAPITEL III

FANGMELDUNGEN

1. Fischereilogbuch

Der Kapitän eines im Rahmen des Abkommen fischenden Unionsschiffs muss ein Fischereilogbuch führen, das den ICCAT-Empfehlungen und -Entscheidungen für Wadenfänger und Langleiner entspricht.

Das Fischereilogbuch wird vom Kapitän für jeden Tag ausgefüllt, an dem sich das Schiff im Fanggebiet von Côte d'Ivoire aufhält.

Der Kapitän trägt in das Fischereilogbuch täglich für jede Art - gekennzeichnet durch den Alpha-3-Code der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) - die gefangene und an Bord behaltene Menge in Kilogramm Lebendgewicht oder gegebenenfalls die Anzahl der Tiere ein. Für die Zielarten zeichnet der Kapitän auch Nullfänge auf. Der Kapitän trägt außerdem gegebenenfalls täglich für jede Art die Mengen ins Fischereilogbuch ein, die wieder ins Meer zurückgeworfen wurden, in Kilogramm Lebendgewicht oder gegebenenfalls die Anzahl der Tiere.

Das Fischereilogbuch muss leserlich in Großbuchstaben ausgefüllt und vom Kapitän unterzeichnet werden.

Der Kapitän bürgt für die Richtigkeit der Angaben im Fischereilogbuch.

2. Übermittlung der Fangmeldungen

Am Ende jeder Fangreise meldet der Kapitän die Fänge des Schiffs, indem er Côte d'Ivoire eine elektronische Kopie des Fischereilogbuchs für die Zeit des Aufenthalts im Fanggebiet von Côte d'Ivoire übermittelt. Gleichzeitig sendet er eine Kopie an das Zentrum für ozeanografische Forschung (Centre de recherches océanologiques, CRO) von Côte d'Ivoire sowie an eines der nachstehenden wissenschaftlichen Institute:

- a) IRD (Institut de recherche pour le développement – Forschungsinstitut für Entwicklung);
- b) IEO (Instituto Español de Oceanografía — Spanisches Ozeanographisches Institut);
- c) IPMA (Instituto Português do Mar e da Atmosfera — Portugiesisches Institut für Meeresangelegenheiten und Meteorologie).

Bei Verlassen des Fanggebiets von Côte d'Ivoire vor Ende der Fangreise ohne vorheriges Anlaufen eines ivorischen Hafens wird das Fischereilogbuch innerhalb von sieben Tagen nach Verlassen des ivorischen Fanggebiets übersandt.

Statt per E-Mail können die Fangmeldungen auch auf dem Postweg oder per Fax übermittelt werden.

Die ivoirischen Behörden übermitteln die E-Mail-Adresse sowie die Telefon- und Faxnummern vor Beginn der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls. Côte d'Ivoire teilt allen betroffenen Schiffen sowie der Union unverzüglich jede Änderung seiner Koordinaten mit.

Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Kapitels behält sich die ivoirische Regierung vor, die Lizenz des betreffenden Schiffs bis zur Erfüllung der Förmlichkeit auszusetzen und gegen den Reeder des betreffenden Schiffs die in den geltenden ivoirischen Vorschriften vorgesehene Strafe zu verhängen. Die Union und der Flaggenmitgliedstaat werden hiervon unterrichtet.

3. Übergang zu einem elektronischen System für Fangmeldungen (ERS)

Die beiden Vertragsparteien bekunden ihre gemeinsame Bereitschaft, im ersten Jahr der Anwendung dieses Protokolls den Übergang zu einem elektronischen System für die Kommunikation und die Übermittlung von Daten über Fangtätigkeiten, einschließlich der täglichen Übermittlung von Fangdaten, zu gewährleisten.

Die beiden Vertragsparteien verständigen sich darauf, die Modalitäten für diesen Übergang gemeinsam im Rahmen des Gemischten Ausschusses festzulegen, um das System möglichst rasch in Betrieb zu nehmen.

KAPITEL IV

TECHNISCHE MAßNAHMEN

Die technischen Maßnahmen für Schiffe im Besitz einer Lizenz über Fanggebiete, Fanggeräte und verbotene Arten sind in dem als Anlage 2 dieses Anhangs beigefügten technischen Datenblatt festgelegt.

Die Schiffe halten die von der ICCAT für die Region verabschiedeten Maßnahmen und Empfehlungen zu Fanggeräten und Fischesammelgeräten, ihren technischen Spezifikationen und allen anderen für ihre Fangtätigkeit geltenden technischen Maßnahmen ein.

KAPITEL V

ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE

Abschnitt I: Kontrolle und Inspektion

1. Einfahrt in das Fanggebiet und Ausfahrt aus dem Fanggebiet

- 1.1. Die Unionsschiffe teilen den für die Fischereiaufsicht zuständigen ivorischen Behörden mindestens drei Stunden im Voraus ihre Absicht mit, in das Fanggebiet von Côte d'Ivoire einzufahren oder dieses zu verlassen.

Bei der Meldung seiner Ein- oder Ausfahrt teilt das Schiff insbesondere Folgendes mit:

- i) Datum, Uhrzeit und gewählte Durchfahrtsstelle;
- ii) für jede Art (gekennzeichnet durch den FAO-Alpha-3-Code) die Menge an Bord in Kilogramm Lebendgewicht oder gegebenenfalls die Anzahl der Tiere;
- iii) Art und Aufmachung der Erzeugnisse.

1.2. Diese Meldungen gemäß Ziffer 1.1. erfolgen vorrangig per E-Mail oder, falls nicht möglich, per Fax. Die Côte d'Ivoire bestätigt den Eingang unverzüglich.

1.3. Betreibt ein Schiff Fischfang, ohne die zuständige ivorische Behörde entsprechend unterrichtet zu haben, so wird das als Verstoß angesehen.

2. Inspektionsverfahren

2.1. Die Kapitäne der in den Fischereigewässern von Côte d'Ivoire tätigen Unionsschiffe unterstützen jeden mit der Überwachung der Fischereitätigkeiten ordnungsgemäß beauftragten ivorischen Beamten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben.

2.2. Die Anwesenheit dieser Beamten an Bord darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeit nicht überschreiten.

Am Ende jeder Inspektion erstellen die ivorischen Inspektoren einen Inspektionsbericht. Der Kapitän des Unionsschiffes hat das Recht, Bemerkungen in den Inspektionsbericht zu schreiben. Der Inspektionsbericht ist von dem Inspektor, der ihn abgefasst hat, und vom Kapitän des Unionsschiffes zu unterschreiben. Mit seiner Unterschrift unter den Inspektionsbericht greift der Kapitän nicht dem Recht des Reeders vor, sich gegen den Vorwurf eines gegebenenfalls festgestellten Verstoßes zu verteidigen. Weigert der Kapitän sich, das Dokument zu unterzeichnen, so muss er das schriftlich begründen, und der Inspektor bringt den Vermerk „Verweigerung der Unterschrift“ an. Die ivorischen Inspektoren händigen dem Kapitän des Unionsschiffes eine Kopie des Inspektionsberichts aus, bevor sie von Bord gehen.

2.3. Côte d'Ivoire kann die Union als Beobachter bei Inspektionen zulassen.

3. Partizipative Überwachung bei der Bekämpfung der illegalen, unregulierten und nicht gemeldeten (IUU-) Fischerei

Um die Überwachung der Fischerei auf Hoher See und die Bekämpfung der IUU-Fischerei zu verstärken, melden die Unionsschiffe jedes Schiff, das sie im Fanggebiet von Côte d'Ivoire antreffen und das mutmaßlich illegalen Fischfang betreibt.

4. Anlandungen und Umladungen

4.1. Alle Unionsschiffe, die Fänge in den ivoirischen Gewässern anlanden oder umladen wollen, führen diese Anlandungen oder Umladungen nur in und/oder vor ivoirischen Häfen durch.

4.2. Die Reeder dieser Schiffe teilen den zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire mindestens 24 Stunden im Voraus Folgendes mit:

- die Namen der Fischereifahrzeuge, die anlanden oder umladen wollen;
- bei Umladung den Namen, die Nummer der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO-Nummer) und die Flagge des empfangenden Schiffs;
- die anzulandende oder umzuladende Menge nach Arten;
- Datum und Ort der Anlandung oder Umladung.

- 4.3. Bei Umladungen müssen die Kapitäne den zuständigen ivoirischen Behörden die Fangmeldungen vorlegen.
- 4.4. Die Kapitäne der Unionsschiffe, die in einem ivoirischen Hafen Anlandungen oder Umladungen vornehmen, lassen Kontrollen dieser Vorgänge durch ordnungsgemäß beauftragte und eindeutig als solche erkennbare Inspektoren zu. Nach Abschluss jeder Inspektion wird dem Kapitän eine Kopie des Berichts ausgehändigt.

Abschnitt II: Satellitengestütztes Schiffsüberwachungssystem

1. Schiffspositionsmeldungen

Unionsschiffe im Besitz einer Lizenz müssen, wenn sie sich im ivoirischen Fanggebiet aufhalten, mit einem satellitengestützten Schiffsüberwachungssystem (Vessel Monitoring System, VMS) ausgestattet sein, über das die Position des Schiffes stündlich automatisch an das Fischereiüberwachungszentrum (FÜZ) ihres Flaggenstaats übertragen wird.

Die Positionsmeldungen müssen den in den ICCAT-Empfehlungen genannten Spezifikationen für die geografische Position der Schiffe entsprechen. Diese Meldungen müssen das gemäß den geltenden ICCAT- Normen festgelegte Format haben.

Das FÜZ des Flaggenstaats garantiert die automatische Verarbeitung und gegebenenfalls elektronische Übertragung der Positionsmeldungen. Die Positionsmeldungen müssen sicher aufgezeichnet und für drei Jahre gespeichert werden.

2. Übertragung vom Schiff bei Ausfall des VMS

Der Kapitän muss sich vergewissern, dass das VMS jederzeit einwandfrei funktioniert und die Position seines Schiffes dem FÜZ seines Flaggenstaats stets korrekt gemeldet wird.

Bei einer Störung wird das VMS des Schiffes innerhalb eines Monats repariert oder ausgetauscht. Anderenfalls darf das Schiff nach Ablauf dieses Monats nicht mehr im ivoirischen Fanggebiet tätig sein.

Schiffe, die im ivoirischen Fanggebiet mit einem defekten VMS Fischfang betreiben, nehmen ihre Positionsmeldungen an das FÜZ des Flaggenstaats mindestens alle vier Stunden per E-Mail, Funk oder Fax vor und machen dabei alle gemäß Absatz 1 aufgeführten vorgeschriebenen Angaben.

3. Sichere Übermittlung der Positionsmeldungen an Côte d'Ivoire

Das FÜZ des Flaggenstaats überträgt die Positionsmeldungen der betreffenden Schiffe automatisch über ein gesichertes elektronisches Kommunikationssystem an das ivoirische FÜZ.

Das FÜZ des Flaggenstaats und das ivoirische FÜZ tauschen ihre E-Mail-Kontaktadressen aus und informieren einander unverzüglich über jede Änderung dieser Adressen.

Das FÜZ der Côte d'Ivoire informiert das FÜZ des Flaggenstaats und die Union unverzüglich, wenn die Positionsmeldungen für ein Schiff im Besitz einer Lizenz nicht mehr regelmäßig eingehen, das betreffende Schiff aber keine Ausfahrt aus dem Fanggebiet gemeldet hat.

4. Störung des Kommunikationssystems

Die Côte d'Ivoire stellt sicher, dass ihre elektronische Ausrüstung mit der des FÜZ des Flaggenstaats kompatibel ist, und informiert die Union im Interesse einer möglichst raschen technischen Behebung unverzüglich über jede Störung bei Versendung oder Empfang der Positionsmeldungen. Mit etwaigen Streitfällen wird der Gemischte Ausschuss befasst.

Der Kapitän gilt als für jede festgestellte Manipulation des VMS an Bord des Schiffes zur Störung seines einwandfreien Betriebs oder Fälschung der Positionsangaben verantwortlich. Jeder Verstoß wird nach Maßgabe der ivoirischen Rechtsvorschriften geahndet.

5. Änderung der Häufigkeit der Positionsmeldungen

Bei Vorliegen eines dokumentierten Nachweises für illegales Verhalten kann Côte d'Ivoire das FÜZ des Flaggenstaats — mit Kopie an die Union — auffordern, die Häufigkeit, mit der die Positionsmeldungen für ein bestimmtes Schiff übertragen werden, für einen bestimmten Untersuchungszeitraum auf Abstände von 30 Minuten zu verkürzen. Côte d'Ivoire muss dem FÜZ des Flaggenstaats und der Union diesen dokumentierten Nachweis unverzüglich übermitteln. Das FÜZ des Flaggenstaats sendet Côte d'Ivoire die Positionsmeldungen umgehend in den neuen Intervallen.

Endet der festgelegte Untersuchungszeitraum, teilt Côte d'Ivoire das unverzüglich dem FÜZ des Flaggenstaats und der Union mit und informiert zudem über eventuelle weitere Schritte, die sich aus der Untersuchung ergeben haben.

KAPITEL VI

ANHEUERN VON SEELEUTEN

1. Die Reeder der Unionsschiffe verpflichten sich, im Rahmen nachstehender Bedingungen und Grenzen Staatsangehörige von Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean („AKP“) zu beschäftigen:
 - a) in der Flotte der Thunfischwadenfänger für die Zeit des Fangeinsatzes im Fanggebiet des Drittlandes mindestens 20 % AKP-Seeleute,
 - b) in der Flotte der Oberflächen-Langleiner für die Zeit des Fangeinsatzes im Fanggebiet des Drittlandes mindestens 20 % AKP-Seeleute,
2. Die Reeder bemühen sich, vorrangig Seeleute ivorischer Staatsangehörigkeit anzuheuern.
3. Die Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit gilt uneingeschränkt für die auf Schiffen der Union angeheuerten Seeleute. Bei den Rechten handelt es sich insbesondere um die Versammlungsfreiheit sowie um die effektive Anerkennung des Rechts der Arbeitnehmer auf Tarifverhandlungen und auf die Beseitigung von Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf.

4. Die Arbeitsverträge der AKP-Seeleute, von denen die Unterzeichner der Verträge jeweils eine Kopie erhalten, werden zwischen dem (den) Vertreter(n) der Reederei und den Seeleuten und/oder ihren Gewerkschaften bzw. Vertretern geschlossen. Durch diese Verträge sind die Seeleute durch das für sie geltende Sozialversicherungssystem abgesichert, d. h. lebens-, kranken- und unfallversichert.
5. Die Heuer der AKP-Seeleute wird von den Reedern gezahlt. Sie ist von den Reedern oder ihren Vertretern und den Seeleuten und/oder ihren Gewerkschaften bzw. Vertretern einvernehmlich festzusetzen. Die Entlohnung der AKP-Seeleute darf jedoch nicht schlechter sein als die der Besatzungen von Schiffen ihres jeweiligen Herkunftslandes und sie darf auf keinen Fall unter den IAO-Normen liegen.
6. Die von den Unionisschiffen angeheuerten Seeleute müssen sich einen Tag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihrer Einschiffung beim Kapitän des bezeichneten Schiffs melden. Erscheinen die Seeleute nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt zur Einschiffung, so ist der Reeder von der Verpflichtung zum Anheuern dieser Seeleute befreit.
7. Trifft das Schiff nicht zum vereinbarten Zeitpunkt in dem zuvor für die Einschiffung der ivoirischen Seeleute bestimmten Hafen ein, so erstattet der Reeder die Kosten, die den Seeleuten entstehen, während sie im Hafen warten (Unterbringung, Verpflegung usw.), pauschal in Höhe von 80 EUR pro Tag.
8. Werden ivoirische Seeleute nicht in einem ivoirischen Hafen ausgeschifft, so trägt der Reeder die Kosten für deren unverzügliche Rückkehr nach Côte d'Ivoire.

9. Die Reeder übermitteln jährlich die Angaben zu den angeheuerten Seeleuten. Dabei ist die Anzahl der Seeleute nach ihrer Herkunft wie folgt anzugeben:
- a) Union,
 - b) AKP-Staaten, wobei zwischen Ivorern und Angehörigen anderer AKP-Staaten zu unterscheiden ist,
 - c) Nicht-AKP- und Nicht-Unionsländer.
10. Die einzuschiffenden ivorischen Seeleute werden vom Reeder aus einem von der Direktion für Seeleute von Côte d'Ivoire geführten Register frei ausgewählt. Die Kapitäne übermitteln der Direktion für Seeleute allerdings die Liste der ivorischen Seeleute, die bereits an Bord eines Unionsschiffs tätig sind, und eine Kopie von deren Identitätsdokuments.

KAPITEL VII

BEOBACHTER

1. Beobachtung der Fischereitätigkeiten

Bis zur Errichtung des Systems von regionalen Beobachtern nehmen die Schiffe, die im Rahmen des Abkommens im ivoirischen Fanggebiet Fischfang betreiben dürfen, anstelle von regionalen Beobachtern sonstige Beobachter an Bord, die von Côte d'Ivoire nach den Regeln dieses Kapitels benannt wurden, um die Aufgaben nach Nummer 4 dieses Kapitels zu erfüllen.

2. Bezeichnung von Schiffen und Beobachtern

Côte d'Ivoire erstellt die Liste der Schiffe, die gehalten sind, einen Beobachter an Bord zu nehmen, und die Liste der benannten Beobachter. Diese Listen werden ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Sie werden sofort nach ihrer Aufstellung und anschließend alle drei Monate mit eventuellen Aktualisierungen an die Union weitergeleitet.

Côte d'Ivoire teilt den betreffenden Reedern oder ihren Vertretern den Namen des an Bord des jeweiligen Schiffs zu nehmenden Beobachters bei der Lizenzerteilung oder spätestens 15 Tage vor dem voraussichtlichen Einschiffungstermin des Beobachters mit.

Der Beobachter bleibt für eine Fangreise an Bord. Auf ausdrückliches Ersuchen der Côte d'Ivoire kann dieser Aufenthalt an Bord je nach der durchschnittlichen Dauer der Fangreisen des betreffenden Schiffs auf mehrere Fangreisen aufgeteilt werden. Côte d'Ivoire äußert dieses Ersuchen, wenn es den Namen des Beobachters mitteilt, der an Bord des betreffenden Schiffs gehen soll.

3. Bedingungen für die Ein- und Ausschiffung

Die Bedingungen für die Einschiffung des Beobachters werden vom Reeder oder seinem Vertreter und Côte d'Ivoire einvernehmlich festgelegt.

Der Beobachter geht zu Beginn der ersten Fangreise im ivorischen Fanggebiet nach Übermittlung der Liste der ausgewählten Schiffe in einem vom Reeder bestimmten Hafen an Bord.

Die Reeder teilen binnen zwei Wochen und zehn Tage im Voraus die für die Einschiffung der Beobachter vorgesehenen Daten und Häfen mit.

Wird der Beobachter in einem anderen Land als Côte d'Ivoire an Bord genommen, so werden seine Reisekosten vom Reeder übernommen.

Findet sich der Beobachter nicht binnen 12 Stunden nach dem vereinbarten Zeitpunkt am vereinbarten Ort ein, so ist der Reeder nicht länger verpflichtet, diesen Beobachter an Bord zu nehmen.

Der Kapitän trifft alle ihm zu Gebote stehenden Vorkehrungen, um Sicherheit und Wohlergehen des Beobachters bei der Ausübung seiner Aufgaben zu gewährleisten.

Dem Beobachter ist jede zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderliche Hilfe zu gewähren. Der Kapitän gewährt ihm Zugang zu den für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Kommunikationsmitteln, zu den Unterlagen, die die Fangtätigkeit des Schiffes unmittelbar betreffen, insbesondere dem Fischereilogbuch und dem Navigationslogbuch, sowie zu den Teilen des Schiffes, zu denen er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Zugang haben muss.

Der Reeder sorgt im Rahmen der Möglichkeiten des Schiffes auf seine Kosten für Unterkunft und Verpflegung der Beobachter, die wie Offiziere behandelt werden.

Die Vergütung und die Sozialabgaben des Beobachters gehen zulasten der Côte d'Ivoire.

4. Aufgaben des Beobachters

Beobachter werden an Bord wie Offiziere behandelt. Wenn das Schiff in den ivoirischen Gewässern fischt, erfüllen sie folgende Aufgaben:

- Beobachtung der Fangtätigkeiten der Schiffe;
- Überprüfung der Position der Schiffe beim Fischfang;

- biologische Probenahmen im Rahmen wissenschaftlicher Programme;
- Erstellung einer Übersicht der verwendeten Fanggeräte;
- Überprüfung der Angaben zu den in den ivoirischen Fischereigewässern getätigten Fängen im Logbuch;
- Überprüfung des Anteils der Beifänge und Schätzung der zurückgeworfenen Mengen an marktfähigen Fischen;
- Übermittlung der Fangangaben einschließlich der an Bord befindlichen Mengen an Zielarten und Beifängen an seine zuständige Behörde in geeigneter Weise.

5. Pflichten des Beobachters

Während seines Aufenthalts an Bord

- trifft der Beobachter alle geeigneten Vorkehrungen, damit seine Einschiffung und seine Anwesenheit an Bord die Fangtätigkeiten weder unterbrechen noch behindern;
- gehen die Beobachter mit den an Bord befindlichen Gegenständen und Ausrüstungen sorgfältig um und wahren die Vertraulichkeit sämtlicher Dokumente des betreffenden Schiffs;

- erstellt der Beobachter am Ende des Beobachtungszeitraums und vor Verlassen des Schiffes einen Tätigkeitsbericht, der den zuständigen Behörden mit Kopie an die Union übersandt wird. Er unterzeichnet ihn in Gegenwart des Kapitäns, der seinerseits alle als notwendig erachteten Bemerkungen hinzufügen oder hinzufügen lassen kann und anschließend unterzeichnet. Eine Kopie des Berichts wird dem Kapitän ausgehändigt, wenn der wissenschaftliche Beobachter von Bord geht.

6. Pauschalbeitrag

Zum Zeitpunkt der jährlichen Vorauszahlung für die Erlangung der Lizenz zahlt der Reeder an Côte d'Ivoire einen jährlichen Pauschalbeitrag von 400 EUR pro Schiff zu den Kosten, die durch die Einschiffung der ivoirischen Beobachter auf Schiffen der Union anfallen.

KAPITEL VIII

VERSTÖßE

1. Behandlung von Verstößen

Jeder Verstoß, den ein Unionsschiff im Besitz einer Lizenz nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Anhangs begeht, muss der Union von den ivoirischen Behörden innerhalb von 24 Stunden mitgeteilt werden. Das Protokoll über diesen Verstoß wird der Union und dem Flaggenstaat innerhalb von sieben Arbeitstagen übermittelt.

2. Umleitung – Informationssitzung

Jedes Unionsschiff, das eines Verstoßes verdächtigt wird, kann gezwungen werden, seine Fangtätigkeit einzustellen und, wenn es sich auf See befindet, einen Hafen Côte d'Ivoires anzulaufen.

Côte d'Ivoire benachrichtigt die Union innerhalb von höchstens 24 Stunden über jede Umleitung eines Schiffs der Union im Besitz einer Lizenz. Mit der Benachrichtigung werden auch Beweise für den angezeigten Verstoß vorgelegt.

Bevor etwaige Maßnahmen gegen Kapitän, Besatzung oder Ladung ergriffen werden, Maßnahmen zur Sicherung von Beweisen ausgenommen, beruft Côte d'Ivoire auf Antrag der Union innerhalb eines Arbeitstags nach Eingang der Benachrichtigung über die Umleitung eine Informationssitzung ein, um die Umstände zu klären und etwaige Folgemaßnahmen darzulegen. An dieser Informationssitzung kann ein Vertreter des Flaggenstaats teilnehmen.

3. Ahndung des Verstoßes — Vergleich

Die Strafe für den festgestellten Verstoß wird von Côte d'Ivoire nach geltendem ivoirischem Recht festgesetzt.

Erfordert die Verfolgung des Verstoßes ein Gerichtsverfahren, so kann vor der Einleitung gerichtlicher Schritte versucht werden, den Verstoß — sofern es sich nicht um eine Straftat handelt — zwischen Côte d'Ivoire und dem Reeder oder seinem Vertreter im Wege eines Vergleichs zu regeln und Art und Höhe der Strafe festzulegen. An diesem Vergleichsverfahren können Vertreter des Flaggenstaats und der Union teilnehmen. Das Vergleichsverfahren wird spätestens drei Tage nach der Benachrichtigung über die Umleitung des Schiffes abgeschlossen.

4. Gerichtsverfahren — Banksicherheit

Kann der Fall nicht durch einen Vergleich beigelegt werden und wird der Verstoß der zuständigen gerichtlichen Instanz vorgelegt, so hinterlegt der Reeder des Schiffes, das einen Verstoß begangen hat, bei einer von Côte d'Ivoire bezeichneten Bank eine Sicherheit, deren Höhe von Côte d'Ivoire unter Berücksichtigung der Kosten der Umleitung und der Stilllegung des Schiffes, der voraussichtlichen Geldstrafe und möglicher Entschädigungen festgesetzt wird. Die Banksicherheit wird nicht vor Abschluss des Gerichtsverfahrens freigegeben.

Die Banksicherheit wird freigegeben und dem Reeder unverzüglich nach Ergehen des Urteils zurückgezahlt, und zwar

- a) in voller Höhe, wenn keine Strafe verhängt wurde;
- b) in Höhe des Restbetrags, wenn die verhängte Geldstrafe niedriger ausfällt als die hinterlegte Banksicherheit.

Côte d'Ivoire teilt der Union die Ergebnisse des Gerichtsverfahrens innerhalb von sieben Arbeitstagen nach dem Urteilsspruch mit.

3. Freigabe von Schiff und Besatzung

Das Schiff und seine Besatzung dürfen den Hafen verlassen, wenn

- a) entweder den Verpflichtungen im Rahmen des Vergleichsverfahrens nachgekommen wurde
- b) die Banksicherheit hinterlegt wurde.

Anlagen

1. Antragsformular für eine Fanglizenz
2. Technisches Datenblatt

Antragsformular für eine Fanglizenz

FISCHEREIABKOMMEN EUROPÄISCHE UNION – CÔTE D'IVOIRE
ANTRAG AUF FANGLIZENZ

I. ANTRAGSTELLER

1. Name des Reeders: Staatsangehörigkeit:
2. Name des Verbands oder des Vertreters des Reeders:
3. Anschrift des Verbands oder des Vertreters des Reeders:
.....
4. Tel.:
5. E-Mail:
6. Name des Kapitäns: Staatsangehörigkeit:
7. Name des Konsignatars in Côte d'Ivoire:

II. ANGABEN ZUM SCHIFF

1. Schiffsname:
2. Flaggenstaat:
3. Frühere Flagge (falls zutreffend):
4. Derzeitige Flaggenzugehörigkeit erworben am:
5. Externe Kennnummer:
6. Heimathafen: MMSI-Nummer:
7. IMO-Nummer: ICCAT-Nummer:
8. Baujahr und -ort:
9. Rufzeichen: Funkfrequenz:
10. Rumpfmateri al: Stahl Holz Polyester Anderes

III. TECHNISCHE MERKMALE DES SCHIFFES UND AUSRÜSTUNG

1. Länge über alles: Breite:

2. Tonnage (in BRZ gemäß Londoner Übereinkommen):

3. Hauptmaschinenleistung in kW: Marke: Typ:

4. Schiffstyp: Fischereikategorie:

5. Fanggerät:

6. Fanggebiete: Zielarten:

7. Gesamtzahl der Besatzungsmitglieder:

8. Art der Haltbarmachung an Bord: Frisch Kühlen Gemischt Einfrieren

9. Gefrierleistung (Tonnen/24 Stunden):

10. Rauminhalt der Laderäume: Anzahl:

Ausgestellt in am

Unterschrift des Antragstellers

Technisches Datenblatt

THUNFISCH-WADENFÄNGER/FROSTER UND OBERFLÄCHEN-LANGLEINER

1. Fanggebiet:

Jenseits der 12-Seemeilen-Zone, gemessen von der Basislinie

2. Zugelassenes Fanggerät:

Wade

Oberflächenlangleine

3. Verbotene Arten:

Gemäß dem Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten (CMS) und den Entschlüssen der ICCAT ist die Fischerei auf Riesenhai (*Cetorhinus maximus*), Weißhai (*Carcharodon carcharias*), Großäugigen Fuchshai (*Alopias superciliosus*), Hammerhaie der Familie der Sphyrnidae (mit Ausnahme des Schaufelnasen-Hammerhais), Weißspitzen-Hochseehai (*Carcharhinus longimanus*), Seidenhai (*Carcharhinus falciformis*), Sandtigerhai (*Carcharias taurus*) und Hundshai (*Galeorhinus galeus*) untersagt.

Die beiden Vertragsparteien konsultieren einander im Rahmen des Gemischten Ausschusses, um diese Liste auf der Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen zu aktualisieren.

4. Reedergebühren:

4.1. Gebühr je zusätzlich gefangener Tonne	60 EUR/Tonne in den ersten beiden Jahren der Anwendung des Protokolls und 70 EUR in den folgenden Jahren.
4.2. Jährliche Pauschalgebühr	Für Thunfischwadenfänger 7 620 EUR in den ersten beiden Jahren der Anwendung des Protokolls und 8 890 EUR in den folgenden Jahren. Für Oberflächenlangleiner 2 400 EUR in den ersten beiden Jahren der Anwendung des Protokolls und 2 800 EUR in den folgenden Jahren.
4.3. Pauschalgebühr Beobachter	400 EUR/Schiff/Jahr
4.4. Hilfsschiffgebühr	3 500 EUR/Schiff/Jahr
5. Anzahl fangberechtigter Schiffe	28 Thunfischwadenfänger 8 Oberflächen-Langleiner